

Die Bundeswehr greift an - oder lieber doch nur „Schulfrei für die Bundeswehr“?

von Herbert Böttcher

„Die Bundeswehr greift an.“ So war die Thematik der letzten Netzversammlung umschrieben. Nun ist unter dem Motto „Schulfrei für die Bundeswehr“ eine Kampagne gestartet. Ihr Ziel ist die Rücknahme des Kooperationsabkommens zwischen dem rheinland-pfälzischen Kultusministerium und der Bundeswehr. In diesem Vertrag geht es darum, der Bundeswehr das ‚Werben fürs Sterben‘ nun auch in den Schulen zu ermöglichen. Mit dieser Aktion greift die Bundeswehr die Schulen und die Schüler an. Das Kultusministerium öffnet ihr dazu die Schultore.

Das Interesse an diesem Angriff auf die Köpfe und im schlimmsten Fall auch auf das Leben der Schüler ergibt sich aus der Nachwuchssituation der Bundeswehr. Sie benötigt jedes Jahr 17.000 Freiwillige. Zusätzlich müssen 15.000 „freiwillige Wehrdienstleistende“ geworben werden. Da natürlich nicht jede Bewerbung ‚tauglich‘ ist, wird zwecks Auswahl eine Ressource von 71.000 Bewerbungen benötigt. Nur so kann der heruntergestufte Personalumfang von bis zu 185.000 Personen gehalten und die Truppe effektiv auf ihre Aufgabe ausgerichtet und ihre Kampffähigkeit entwickelt werden.

Wie erfolgreich der Angriff der Bundeswehr auf Köpfe und Leben junger Menschen ist, belegen die Erfolgsmeldungen der Bundeswehr. Ihr ist es gelungen,

- 950.000 Jugendliche zu umwerben, davon 142.000 fast ausnahmslos im Rahmen des Schulunterrichts.
- 197.000 SchülerInnen konnten Wehrdienstberater Jobperspektiven beim Militär erläutern.
- 22.000 Jugendliche haben an Truppenbesuchen teilgenommen.
- 590.002 „Zielgruppenangehörige“ – so heißt das im Bundeswehrjargon – konnten im Rahmen von Messen und Ausstellungen erreicht werden. Dazu dürfte auch die ausgiebige Bundeswehrpräsenz auf den Rheinland-Pfalz-Tagen beigetragen haben.

Wer zudem reflektiert, zu welchem Zweck die Werbeoffensive der Bundeswehr bis hinein in die Schulen erfolgt, wird erkennen, dass das Motto der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ auf den ersten Blick zwar eingängig ist, aber auch verharmlosend wirken kann. Deshalb kommt es aus Perspektive des Netzes in der Kampagne darauf an, die Rolle der Bundeswehr in der gegenwärtigen Phase wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen zu reflektieren. Erst von daher wird der Skandal deutlich, den der Angriff der Bundeswehr auf die Schulen und die Beihilfe des Kultusministeriums darstellen.

Militarisierung der Politik und des gesellschaftlichen Lebens

Der Angriff auf die Schulen ist eine konsequente Fortsetzung dessen, was wir in den letzten Jahren an Militarisierung der Politik und des gesellschaftlichen Lebens erlebt

haben. Immer mehr politische und gesellschaftliche Bereiche werden militärischem Denken und Handeln unterworfen. Nur an wenige Facetten sei erinnert:

- Außen- und Entwicklungspolitik werden mit militärischen Interessen vermischt. Minister Niebel will - wie seine Initiative vom Frühsommer 2010 zeigte - ziviles Engagement in Afghanistan vor allem dann finanziell fördern will, wenn es zur Befriedung im Bundeswehr-Einsatzbereich dient (s. Netz-Telegramm 2.2010).
- Umfangreiche Formen von ziviler und militärischer Zusammenarbeit wurden entwickelt. Dazu gehören die enge Kooperation zwischen Polizei und Bundeswehr im Innern. Unter dem Dach von EULEX sind im Kosovo Aufstandsbekämpfungspolizei, andere Polizisten, Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte vereinigt. In Frontex werden die Kräfte zur brutalst möglichen Abwehr von Menschen gebündelt, die als Flüchtlinge um ihr Überleben kämpfen.

Öffentliche Auftritte der Bundeswehr und Inszenierungen wie Öffentliche Vereidigungen, Gedenkrituale, Zapfenstreich, Konzerte bis hin zu Auftritten in Kirchen, Werbekampagnen und schließlich der Angriff auf die Schulen sind Teil einer breiten Strategie, das Militär und mit ihm militärisches Denken und Handeln öffentlich zu legitimieren, es präsent und plausibel zu machen. Die Offensive des Militärs ist nicht einfach aus dem Ideenhimmel gefallen, sondern folgt durchaus irdisch-materiellen Interessen.

„Aktives Eingreifen – Moderne Verteidigung“

ist der Titel, der über dem neuen strategischen Konzept steht, das die Nato sich im November vergangenen Jahres gegeben hat. In ihm werden in einem Sammelsurium alle möglichen Bedrohungen aufgelistet: Piraterie, Cyberkriminalität, Terrorismus, Klimawandel, Drogenschmuggel, Umweltkatastrophen, Flüchtlingsströme, Abschmelzen der Polarkappen, Proliferation, Waffenschmuggel, Lebensmittel- und Wasserknappheit. Diese scheinbar willkürlich und assoziativ zusammengestellte Bedrohungsliste offenbart ihren Sinn, wenn wir die Bedrohungen als Ausdruck der mit dem Kapitalismus verbundenen Zerstörungsdynamik verstehen.

In dem neuen Strategiekonzept der Nato laufen die Veränderungen zusammen, die in den letzten Jahren ohne große Debatten, sondern gleichsam stillschweigend in einer Salamtaktik durchgesetzt wurden. Sie lassen sich als Umorientierung von der Landesverteidigung zur Interessenverteidigung beschreiben. Zur Salamtaktik, mit der sie durchgesetzt wurde, gehörten die verschiedenen Kriegseinsätze. In ihrer Anfangsphase wurden sie noch humanitär bemäntelt. Der grüne Außenminister Josef Fischer ließ nicht einmal die Perversität aus, ‚Auschwitz‘ als Legitimation für den Krieg gegen Jugoslawien zu bemühen, wo doch humanitäre Skrupel nie aufkommen, wenn Diktatoren und ihre Menschenrechtsverletzungen mit westlichen Interessen konform sind.

Inzwischen sind solche Eiertänze nicht mehr nötig. Den Durchbruch hat der ehemalige Bundespräsident Köhler geschafft – und mit dem Rücktritt bezahlt. Er hat zum ersten Mal deutlich ausgesprochen, dass es bei den neuen Kriegen um wirtschaftliche Interessen geht. Wenige Monate später kann Verteidigungsminister von Guttenberg die Früchte dieses Bauernopfers ernten. Ohne dass sich ein Sturm

der Entrüstung bildet, spricht er gelassen die Interessen aus, um die es geht: „Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und geostrategischen Gesichtspunkten zu betrachten.“ Entsprechend müsse die „deutsche Wirtschaft weltweit militärisch betreut werden“ (Junge Welt, 10.11.10)

Militarisierung – eine Antwort auf die Krise des Kapitalismus

Die nicht mehr humanitär verblühten Plaudereien des Verteidigungsministers sind natürlich keine Analyse. Ihr kommen wir einen Schritt näher, wenn wir die neuen Kriege im Zusammenhang der Krise des Kapitalismus begreifen. Sie wird sichtbar in der wachsenden Zahl von Menschen, deren Arbeit für die Verwertung des Kapitals ‚überflüssig‘ ist. Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben aber nur diejenigen, deren Arbeit verwertbar ist. Angesichts der inneren Schranke der Kapitalverwertung – der Entsorgung von Arbeit und dem damit verbundenen Verlust an Vergegenständlichung von Wert in der Ware – sinkt die Zahl der Verwertbaren, während die Zahl der ‚Überflüssigen‘ steigt.

Vor diesem Hintergrund muss die Zwangsintegration in den Weltmarkt durch die bekannten Maßnahmen von Deregulierung und Privatisierung, Öffnung der Märkte und kostengünstige Produktion für den Export – also das ‚Fit-machen‘ für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt – notwendig scheitern. Die Folgen zeigen sich in wirtschaftlichen und politischen Zusammenbrüchen ganzer Regionen und Staaten. In diesen Zusammenhängen verlieren Staaten Macht über ihr Territorium. Ihre Regulations- und Integrationsmacht bricht zusammen und damit auch ihr Gewaltmonopol. So werden die sog. ‚neuen Kriege‘ auch nicht mehr einfach von Staaten geführt, sondern von Milizen, Warlords oder international agierenden Terrornetzwerken. Wo die Marginalisierung solche Ausmaße erreicht, dass an eine Überlebenssicherung durch Lohnarbeit nicht mehr zu denken ist, werden zudem Kriminalität und Bürgerkriege für Tausende von Menschen zu einer perversen Möglichkeit des Überlebens. Sie werden sowohl im Überlebenskampf ‚auf eigene Faust‘ als auch durch den Dienst in der Miliz eines Warlords gesucht. Die von Markt und Staat ‚regulierte‘ Konkurrenz schlägt um in einen verwilderten Konkurrenzkampf um das nackte Überleben.

Darin sieht die kapitalistisch verfasste Weltgemeinschaft kein ‚humanitäres Problem‘. Ein Problem entsteht jedoch dann, wenn die Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Strukturen bedrohen, also wenn der Zugang zu Ressourcen und Transportwegen nicht mehr sicher ist, wenn politische Instabilitäten oder durch Migration entstehende soziale Unsicherheiten entstehen. Damit ist der Kapitalismus mit einem neuen strategischen Problem konfrontiert: Es gibt kein außen mehr und deshalb auch keinen ‚äußeren‘ Feind mehr, gegen den ein Land zu verteidigen wäre. Der Feind kommt vielmehr aus dem Inneren des Systems selbst. Das Scheitern des globalen Verwertungsprozesses produziert die Probleme, die dann - systemkonform - militärisch bekämpft werden sollen. Zu bekämpfen sind dann auf der Makroebene staatliche und halbstaatliche Regimes, die sich der ‚Integration‘ in den Weltmarkt entziehen. Auf der Mikroebene werden dann Terrorgruppen, Mafiabanden, Warlords, Restbestände zerfallender Staatsapparate, Massenkriminalität, Kidnapping-Industrie, Piraterie... zu militärisch-weltpolizeilichen Herausforderungen, jedenfalls dann, wenn solche ‚Störpotentiale‘ zentrale Funktionsstellen des Systems bedrohen.

Worum es letztlich geht, ist eine Art militärischer Sicherheitsimperialismus. Gesichert werden sollen funktionierende Zentren und Wohlstandsinselfn, d.h. Standorte und deren sicherer Zugang zu Rohstoffen.

Militär gegen die Klimakrise

Dass es um Sicherheitsimperialismus angesichts der verheerenden Folgen des Kapitalismus geht, bestätigt die Erklärung zur Sicherheit der Nato von 2009. Angesichts der sichtbar werdenden Folgen der Klimakatastrophe – so heißt es – seiern Instabilitäten zu erwarten. Genannt werden genau jene ‚Unsicherheiten‘, die als Folge kapitalistischer Zusammenbrüche bekannt sind. Entsprechend wird von Javier Solana und Benita Ferrero Walter in ihrem 2008 veröffentlichten Papier „Klimawandel und internationale Sicherheit“ als wenig überraschende Konsequenz formuliert: „Die Überwindung und die Frühwarnung müssen sich in besonderen Situationen staatlicher Fragilität und politischer Radikalisierung auf Spannungen um Rohstoffe und die Energieversorgung, auf ökologische und sozioökonomische Belastungen, auf Bedrohungen für kritische Infrastrukturen und Wirtschaftsgüter, auf Grenzstreitigkeiten, auf die Auswirkungen hinsichtlich der Menschenrechte und auf potentielle Migrationsbewegungen erstrecken.“

Kult des Heroismus

Dass es darum geht, angesichts der verschiedenen Krisenerscheinungen die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus militärisch zu sichern ist, bedarf in weiten Kreisen der Öffentlichkeit keiner Legitimation mehr. Dies ist inzwischen so selbstverständlich, dass auf jede humanitäre Überhöhung verzichtet werden kann. Es gibt aber sehr wohl Bedarf, die Bereitschaft junger Leute zu fördern, bei solchen Sicherungseinsätzen mitzumachen und der Gesellschaft die nötigen Opfer plausibel zu machen. Deshalb gilt es, Heroismus zu fördern, der in nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip kalkulierenden Marktgesellschaften bedroht ist.

Um dies deutlich zu machen unterscheidet der Politologe Herfried Münkler zwischen heroischen und postheroischen Gesellschaften (Focus, 25.2.2002). Heroische Gesellschaften (z.B. Afghanistan) sind durch Knappheit an physischen und Reichtum an moralischen Ressourcen gekennzeichnet. Umgekehrt verhält es sich bei postheroischen (westlichen) Gesellschaften. Bei ihnen kann die Knappheit an moralischen Ressourcen bei Stresssituationen (z.B. bei ‚zu vielen‘ eigenen Toten bei Kriegseinsätzen) zu einer Legitimationskrise bei Militäreinsätzen führen. Mangelnder Heroismus ist vor allem vor dem Hintergrund marktwirtschaftlicher Orientierung ein Problem, da die marktwirtschaftliche Währung (Selbstbehauptung in der Konkurrenz, Leistung, Lohn) mit der zivilgesellschaftlichen Währung (Heroismus beim Einsatz des Lebens bis in den Tod) konkurriert.

Dem Zweck, solchen Heroismus zu stärken, dienen in der Öffentlichkeit inszenierte Militärriuale von Öffentlichen Vereidigungen über Zapfenstriche bis hin zu unterhaltsamen Auftritten des Heeresmusikkorps. Nach Münkler geht es dabei um Inszenierungen eines leeren Transzendenzbezugs, einer Überhöhung ohne Gott. Da will die Militärseelsorge mit ihrem Angebot eines mit Gott gefüllten Transzendenzbezugs nicht abseits stehen. Wie der aussehen kann, formulierte bei einer Trauerfeier für in Afghanistan gefallene Soldaten Militärgeneralvikar Wakenhut

in seiner Ansprache am 24.4.2010 in Ingolstadt als Trost für Angehörige und Kameraden:

Der „Einsatz für eine einzige Menschheitsfamilie ist lohnend. ... Dass dieses Ziel nicht erreicht ist, dass es trotzdem immer wieder Kriege, Feindschaft und Hass gibt, sollte uns aber nicht müde werden lassen, es ‚trotzdem‘ zu erreichen. Zu diesem ‚Trotzdem‘ sind wir als Christen in besonderer Weise aufgerufen; denn Jesus selbst ist es, der dieses ‚für alle‘ uns immer wieder ans Herz legt: Am Ende des Matthäusevangeliums sagt er zu seinen Jüngern: Darum geht zu allen Völkern, und macht alle Menschen zu meinen Jüngern; tauft sie und lehrt sie, alles zu befolgen, was ich euch geboten habe.

Ihre Kameraden, Ihre Väter und Ehemänner, Ihre Lebenspartner, Ihre Söhne und Brüder haben dafür ihr Leben geopfert. Und es gibt keine größere Liebe als die – sagt Jesus – wenn einer sein Leben hingibt für seine Freunde.“

Die „einzige Menschheitsfamilie“ wird durch die mit dem Kapitalismus verbundenen Zerstörungspotentiale an den Rand der Lebens und des Überlebens getrieben. Jetzt soll das Militär, das die Funktionsfähigkeit jener Zerstörungsmaschinerie sichern soll, in den Dienst „für eine einzige Menschheitsfamilie“ gestellt und die für diesen Zweck unabdingbare Vernichtung des Lebens von Soldaten im Namen Jesu als Heroismus zum Tod schmackhaft gemacht werden... Auch das ist ‚Werben fürs Sterben‘ und genau so wenig harmlos wie der Kooperationsvertrag, der dem ‚Werben fürs Sterben‘ die Schultore öffnet.